



Aktueller Begriff Europa

Programm der griechischen Ratspräsidentschaft der EU

Am 1. Januar 2014 hat Griechenland zum fünften Mal seit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union im Jahr 1981 die halbjährige Präsidentschaft des Rates übernommen. In ihrem Programm für die kommenden sechs Monate hat die griechische Ratspräsidentschaft **vier Themenfelder** ihrer künftigen Arbeit herausgestellt: a) Wachstum, Beschäftigung und Kohäsion, b) weitere Integration der EU und der Eurozone, c) Zuwanderung, Grenzen und Mobilität sowie d) die Meerespolitik. Das Jahr 2014 ist dabei vor allem durch mehrere institutionelle Übergänge auf europäischer Ebene gekennzeichnet. Zunächst sind alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger vom 22. bis 25. Mai aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Anschließend wird im Herbst die neue Europäische Kommission ernannt, bevor der Europäische Rat einen neuen Vorsitz wählt.

Im Themenfeld **Wachstum, Beschäftigung und Kohäsion** bündelt die griechische Ratspräsidentschaft aus ihrer Sicht prioritäre Vorhaben zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Vorsitz hält dabei vor allem die Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung, eine weitere Fokussierung auf Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) für zielführend. Zu diesem Zwecke will er zum einen die Umsetzung der Maßnahmen überwachen, die der Europäische Rat auf seiner Tagung am 27./28. Juni 2013 zur Förderung der Beschäftigung junger Menschen beschlossen hat. Zum anderen soll die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) bei der Umsetzung des ebenfalls im Juni 2013 beschlossenen Aktionsplans, der den Zugang von KMUs zu Finanzmitteln und Krediten erleichtern soll, unterstützt werden. In diesem Zusammenhang möchte der Vorsitz auch die Rolle der EIB bei der Finanzierung beschäftigungsintensiver Projekte, beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Klima, stärken. Außerdem empfiehlt er, weitere Maßnahmen zu prüfen, die Unternehmen und insbesondere KMUs einen Zugang zu längerfristigen Finanzierungen ermöglichen. Die Zwischenbilanz des Europäischen Rates zur „Europa-2020-Strategie“ im Frühjahr 2014 könnte aus Sicht der Präsidentschaft dabei ein geeignetes Forum bieten, um über weitere Initiativen zu beraten.

Das Themenfeld **weitere Integration der EU und der Eurozone** wird durch diejenigen Prioritäten bestimmt, die nach Einschätzung des griechischen Vorsitzes der Wiederherstellung der Finanzstabilität und der Rückkehr zu mehr Wirtschaftswachstum in der Wirtschafts- und Wäh-

Nr. 02/14 (22. Januar 2014) © 2014 Deutscher Bundestag

Verfasser/in: Steffen Lawrenz, Yvonne Bayer – Fachbereich PE 6: Europa, Tel. (030) 227 33614,

Email: vorzimmer.pe6@bundestag.de

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote des Fachbereichs Europa geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung P, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.



rungsunion dienen. Die Bankenunion will die Präsidentschaft noch bis zum Ablauf der laufenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments vollenden. Dementsprechend hat sie bereits im Januar die Trilog-Verhandlungen mit der Kommission und dem Parlament über den noch fehlenden Einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken aufgenommen. Außerdem soll die Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU und insbesondere in der Eurozone weiter vorangebracht werden. Die Präsidentschaft will sich dazu in den weiteren Beratungen über die sogenannten vertraglichen Vereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und den unterstützenden Solidaritätsmechanismen um eine richtige Balance zwischen Solidität und Solidarität bemühen. Die soziale Dimension der Währungsunion findet aus Sicht des Vorsitzes dabei erstmals auch im Europäischen Semester 2014, dessen Durchführung größtenteils in die griechische Präsidentschaft fällt, besondere Betonung.

Zum Themenfeld **Zuwanderung-Grenzen-Mobilität** weist der griechische Vorsitz auf die zusätzlichen Belastungen für die Mitgliedstaaten der EU hin, die in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise durch wachsende Flüchtlingsströme nach Europa verursacht werden. Dies gelte vor allem für Mitgliedstaaten mit einer EU-Außengrenze. Ursache dieser Flüchtlingsströme ist nach Auffassung der griechischen Präsidentschaft die zunehmende Instabilität in der europäischen Peripherie. Sie will ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, die positiven Aspekte eines umfassenden Migrationsmanagements der EU hervorzuheben. Die Grundlage dafür sei der 2005 eingeführte und inzwischen erneuerte Gesamtansatz für Migration und Mobilität, der vier operationelle Ziele vorsieht: a) Organisation und Erleichterung der legalen Migration und Mobilität, b) Verhinderung und Eindämmung der irregulären Migration und des Menschenhandels, c) Maximierung der Auswirkungen von Migration und Mobilität auf die Entwicklung und d) Förderung des internationalen Schutzes und der externen Dimension der Asylpolitik. Darüber hinaus hält es der griechische Vorsitz für mehr als notwendig, die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres allgemein durch eine Politik zu stärken, die auf Solidarität, gemeinsame Verantwortung und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten gegründet ist.

Die **Meerespolitik** betrachtet die Präsidentschaft als horizontale Priorität, die sich über die drei anderen Themenfelder erstreckt. Der Vorsitz betont in diesem Zusammenhang zum einen die großen Potenziale, die das Meer grundsätzlich für die wirtschaftliche Entwicklung der EU bietet, weist andererseits aber auch auf Probleme hin, wie beispielsweise die aktuelle Sicherheitslage an den südlichen Seeaußengrenzen. Aufbauend auf der Meerespolitischen Agenda für Wachstum und Beschäftigung (sog. Erklärung von Limassol) und der kurz vor Veröffentlichung stehenden Mitteilung der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes über eine Europäische Strategie für die Meeressicherheit will der griechische Vorsitz daher die Wiederaufnahme der EU-Meerespolitik weiter fortsetzen. Ziel der Präsidentschaft ist die Annahme eines Textes zur künftigen integrierten Meerespolitik durch den Europäischen Rat im Juni 2014. Dieser sollte zu allen relevanten Themen wie „Blaue Energie“, Aquakultur, Unterwasserkartierung, wirtschaftliche Nutzung mineralischer Ressourcen im Meer, „Blaue Biotechnologie“, Umweltaspekte und Insellagen Stellung beziehen. Dabei könnte die Agenda aus Sicht des griechischen Vorsitzes noch um den Punkt intersektionelle und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Meer ergänzt werden, der vor allem weitere Maßnahmen zur Förderung des Europäischen Forums der Küsten- und Meeresüberwachung vorsehen sollte.

Quelle: - Programm der griechischen Ratspräsidentschaft, in englischer Sprache online abrufbar unter:
http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_teliko_15.1.2014_0.pdf
(Stand: 15. Januar 2014).